

Wir haben von unseren sozialdemokratischen Freunden keine Antwort bekommen.

Ja, Genossinnen und Genossen, Ihr werdet die Frage stellen, das muß doch an Euch liegen, wenn Ihr überhaupt nie eine Antwort erhaltet. Ich werde Euch sagen, woran das liegt. In der Stadtverordnetenversammlung haben jene die Mehrheit, die sich auf den Standpunkt stellen, daß man nicht mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Zusammenarbeiten darf. Die Leitung der Partei ist in Händen von Genossen, die die Zusammenarbeit aus innerer Angst ablehnen; sie fürchten, wenn sie sich zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bekennen, ist die Sozialdemokratische Partei in Berlin überflüssig geworden. (Zustimmung und Beifall.) Wir geben zu, daß das ein wichtiges Argument ist. Immer mehr hat sich in letzter Zeit herausgestellt, daß SED-Arbeiter und SPD-Arbeiter und -Angestellte gemeinsam in den Betrieben zu den politischen Vorgängen Stellung genommen haben. Wir werden diese Bestrebungen unterstützen, damit Arbeiter und Angestellte auch hier in Berlin die Vereinigung vollziehen.

Genossen! Ich will auch dafür wieder ein Beispiel geben. In Berlin wird zur Zeit eine Verfassungsdebatte geführt, d. h. eigentlich wurde ja immer eine Verfassungsdebatte in Berlin geführt, und das hat dazu geführt, daß sich General Kotikow auf den Standpunkt gestellt hat, die Stadtverordnetenversammlung möge verantwortliche Arbeit leisten. Das ist nun den Herren in die Krone gefahren. Wir alle wissen, daß wir keine freie Selbstverwaltung haben. Jedes Kind in Berlin auf der Straße weiß das, nur die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung weiß das nicht. Aber sind die Herren denn nun wirklich so dumm? Das ist meines Erachtens nicht der Fall. Sie stellen sich nur so dumm, um eine maßlose Hetze gegen die Sowjetunion zu entfalten. Und diese Hetze gegen die Sowjetunion wird mit übelster Polemik gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verbunden.

Ein Beispiel dafür aus der letzten Rede des SPD-Vorsitzenden Neumann. Er sagte wörtlich in der Stadtverordnetenversammlung auf die Aufforderung des Generals Kotikow, die Stadtverordnetenversammlung solle sachliche Arbeit leisten, solle mit ihrem Verfassungsrummel aufhören und dergleichen: „Wir haben uns gewundert, daß Herr General Kotikow in dieser Art und Weise Beschuldigungen aufgestellt hat, die wirklich alles Maß dessen überschreiten, was wir bisher von diesem Kommandanten gewohnt waren.“ Und an einer anderen Stelle seiner Rede sagte er: „Die Berliner Bevölkerung -muß